

17. NOV. 1989

Auswärtiges Amt
20. NOV 89 07:16
Ministerbüro I

014-StS-Durchlauf- 58 3 5

204-322.00 D
RL: VLR I von Moltke
Verf.: VLR Dr. Kölsch

Bonn, 16. November 1989
HR: 26 87
HR: 26 85

Über Herrn Dg
Herrn D
Herrn Staatssekretär
Herrn Bundesminister

*17/11
110.M*

*010 -> 014 20.11
d. Li. V. ...
6. 104
20.11/11*

Betr.: Reaktion der USA auf die Ereignisse in Berlin und der DDR
seit dem 09.11.

Zur Unterrichtung

(vor den bevorstehenden Gesprächen in Washington)

1. Die Ereignisse in Berlin und der DDR stehen seit Tagen im Mittelpunkt der amerikanischen Medien. Das Interesse an Deutschland und den deutsch(/europ.)-amerikanischen Beziehungen hat in der Öffentlichkeit sprunghaft zugenommen (Entsendung der TV-Star-Journalisten nach Berlin; Moderation der Abendnachrichtensendungen direkt vor der Mauer mit historischen Rückblenden; Sonderseiten in Washington Post und New York Times; mehrere Fernsehinterviews von Botschafter Ruhfus). Bewegende Szenen (Jubel, Freude, spontanes Feiern) und symbolträchtige Bilder (Mauer, Brandenburger Tor, Umarmungen in Freude/Tränen) kommen amerikanischer Neigung zum Emotionalen und der Präferenz für Visuelles entgegen. Eine breite Sympathiewelle hat die ganze USA erfaßt, die unserer politischen Öffentlichkeitsarbeit eine starke Stütze ist und die es zu nutzen gilt. Botschaft und GIC tun dies nach Kräften. Vertretern der Bundesregierung wird durch zahlreiche Interviewwünsche eine einzigartige Chance geboten, uns und unsere Politik vor einem breiten, aufgeschlossenen amerikanischen Publikum darzustellen.
2. Das emphatische Echo in den Medien und in der amerikanischen Öffentlichkeit ließ die Reaktion der Administration, die weitgehend der unseren entgegenkommt, nüchtern erscheinen. Sie setzt auf Realismus und ist darauf bedacht, stabile Rahmenbedingungen zu erhalten und vor allem die Geschlossenheit des Bündnisses zu wahren. Bush äußerte sich (im Beisein von Baker)

Verteiler: MB, BStSe (3x), BStM AS, BStM Sch, 202, 205, 210, Bo. Washington

17/11

am 09.11. abends mit unbewegtem Gesicht "sehr erfreut" über die Öffnung der DDR-Grenzen; er zeigte "Bewunderung für die geschickte Politik der Bundesregierung", äußerte sich aber zur weiteren Entwicklung "sehr vorsichtig" ("nichts zu tun mit Wiedervereinigung"). Auf seine nüchterne Reaktion angesprochen bemerkte er, er sei kein Mann einer gefühlsbetonten Politik ("not an emotional kind of guy").

Baker äußerte sich am Tag danach "außergewöhnlich glücklich"; er bezeichnete aber einen unterstellten Zusammenhang mit einer Wiedervereinigung in Interviews als "verfrüht" (10.11. MacNeil Lehrer). Anders dagegen VP Quayle ("Wiedervereinigung ist unvermeidlich").

Diesen vorsichtigen Stellungnahmen von Bush und Baker liegen drei Gründe zugrunde:

- der Wunsch, im Vorfeld des Treffens bei Malta der SU zu signalisieren, daß man die Stabilität der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa und die Stellung von Gorbatschow gegenüber Kritikern an seinem Reformprozess nicht durch die unbeachtete Bekundung von Triumphgefühlen gefährdet sehen will. Bush und Baker schätzten damit die Sorgen von Gorbatschow richtig ein (vgl. Botschaft Gorbatschow an Bush in der Nacht 10./11.11.: "Möglichkeit der Destabilisierung bewege ihn sehr", ähnlich auch Botschafter Kochemassow im Treffen mit Botschafter Walters am 11.11. in Berlin (Ost)). Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Ihren Telefonanruf (10.11.) unterstrich Baker gleichzeitig, die Entwicklung in der DDR stelle auch einen Erfolg der USA und des Bündnisses in seiner Geschlossenheit dar (10.11. MacNeil Lehrer, 12.11. Brinkley). Ähnlich, aber dezidiierter VM Cheney;
- die Sorge, daß eine emphatischere Reaktion unweigerlich die Frage nach praktischen Maßnahmen zur Unterstützung der Reformen in der DDR mit finanziellen Implikationen auslösen würde, und zwar zu einer Zeit, in der die Administration kritisiert wird, den Reformprozeß in Polen und Ungarn finanziell unzureichend zu unterstützen;
- das Naturell von Bush und Baker und ihr an fallweisem Krisenmanagement ausgerichteter Regierungsstil, der bewußt auf weitreichende Konzepte verzichtet.

Durch die Ereignisse in der DDR hat das Treffen mit Gorbatschow am 02./03.12. zusätzliche Aktualität gewonnen. Die Administration tut alles, um dem Anschein entgegenzuwirken, sie wolle dort über die Köpfe der Verbündeten hinweg weitreichende Abmachungen über eine Nachkriegsordnung in Mitteleuropa treffen. Andererseits findet sich in den bisher bekannten Reaktionen von

Bush und Baker nur andeutungsweise der Hinweis darauf, daß der Westen mit dem Harmel-Bericht und dem KSZE-Prozeß bereits über das Konzept für eine europäische Friedensordnung und über bewährte Instrumente des West-Ost-Dialogs verfügt.

Zu dem von deutscher Seite (Bahr, Geiger; Gaus) eingeführten Vorschlag einer Viermächte-Konferenz über Deutschland nahm die Administration bisher nicht Stellung.

3. Die demokratische Mehrheit im Kongreß wirft der Administration "ängstliche Zurückhaltung" vor. Mitchell, Mehrheitsführer im Senat, appellierte bereits am 06.11. an die Führung der SU und der DDR, die Mauer als "Symbol des Fehlschlags des Kommunismus" niederzureißen. Er hatte in den letzten Wochen wiederholt die Wiedervereinigung als unvermeidliches Ergebnis der Gorbatschow'schen Reformpolitik bezeichnet und dem republikanischen Präsidenten vorgeworfen, diese nur unzureichend zu fördern. Mitchell forderte Präsident Bush auf, selbst nach Berlin zu reisen (von diesem inzwischen abgelehnt), um die amerikanische Unterstützung für die Freiheit Berlins und einen demokratischen Reformprozeß in der DDR zu unterstreichen. Weiter forderte Mitchell, Bush solle im Rahmen eines Treffens mit den europäischen Verbündeten die westliche Antwort auf den Wandel in Osteuropa erörtern. Bushs Absicht, nach dem Treffen bei Malta selbst die NATO zu unterrichten, könnte hiermit in Zusammenhang stehen.

In einer Senats-Resolution (13.11.) wird die Öffnung der Grenzen begrüßt; außerdem werden freie Wahlen und politischer Pluralismus in der DDR sowie ein Abriß der Mauer gefordert.

4. Auch die Kolumnisten beschäftigen sich mit unterschiedlicher Akzentsetzung seit dem 09.11. noch intensiver mit der deutschen Frage.

- Safire (NYT 14.11.) zeichnet das Gemälde einer künftigen (west-)deutschen "Überpower", deren wirtschaftlicher Einfluß faktisch auf ganz Osteuropa ausstrahlt, wogegen solange nichts einzuwenden sei, als "deutsche Wertvorstellungen" die persönlichen Grundfreiheiten des einzelnen unangetastet ließen.

- Kissinger (CNN 14.11.) und J. Kirkpatrick (Boston Herald 11.11.) sehen die Gefahr eines wiedervereinigten neutralen bündnisfreien Deutschland, womit die SU das ihr unterstellte Ziel erreicht habe, die USA aus Europa zu eliminieren (kein Bezug auf die deutsch-sowjetische Erklärung vom Juni '89, die den USA einen festen Platz in Europa zuweist).
- Brzezinski (NYT 15.11.) unterstreicht die Notwendigkeit neuer Initiativen zur Schaffung kooperativer Institutionen in einem Europäischen Haus (unter Beibehaltung der beiden Militärbündnisse).
- Im Wall Street Journal werden bereits das Bruttosozialprodukt und die Olympischen Medaillen der beiden deutschen Staaten zusammengerechnet, um das erdrückende Übergewicht eines wiedervereinigten Deutschland zu veranschaulichen.
- Christopher Layne ermutigt die Administration, die westeuropäische Einigung (mit einem wiedervereinigten Deutschland) nach Kräften zu unterstützen, weil sie die Möglichkeit zu einem Disengagement der beiden Supermächte eröffne (WStJ 14.11.).
- Gemäßigtere Stimmen betonen die Bedeutung der Allianz als Instrument, um die BR Deutschland fest im Westen verankert zu halten und ihr Militärpotential einzubinden (TIME Ausg. vom 20.11.89, David Broder/Wash. Post 15.11.).
- Jim Hoagland (Wash. Post 11.11.) fordert dazu auf, unter Berücksichtigung der nationalen Interessen der USA, Frankreichs und Großbritanniens einen Konsens in der deutschen Frage zu suchen.
- George F. Kennan unterstreicht in einer Artikel-Serie die Bedeutung einer europäischen Lösung (Wash. Post 14./15.11.).

^{H6}
RL 210 hat mitgezeichnet.

[Handwritten signature]